



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages  
am 25.09.2003  
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### Mitglieder des Kreistages

Abg. Reinhard Brünjes  
Landrat Dr. Hans-Harald Fitschen  
Abg. Heinz-Günter Bargfrede  
Abg. Hans-Heinrich Ehlen bis 10.05 Uhr  
Abg. Ludwig Althaus  
Abg. Renate Bassen  
Abg. Reinhold Becker  
Abg. Joachim Behnken  
Abg. Hans-Hermann Beneke  
Abg. Jürgen Borngräber  
Abg. Doris Brandt bis 10.27 Uhr  
Abg. Günter Brunkhorst  
Abg. Rüdiger Bruns  
Abg. Lütje Burfeindt  
Abg. Klaus Dreyer  
Abg. Hans-Hermann Engelken  
Abg. Friedhelm Fitschen  
Abg. Reinhard Frick  
Abg. Innozenz Grad  
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer  
Abg. Ingrid Grimm  
Abg. Bernhard Hasselhoff  
Abg. Friedhelm Helberg  
Abg. Gerhard Holsten  
Abg. Karl-Heinz Imbusch  
Abg. Jürgen Jürgensen  
Abg. Hinrich Kackmann  
Abg. Karl-Hans Keller  
Abg. Lühr Klee  
Abg. Johannes Klindworth  
Abg. Gerhard Kohlmeyer  
Abg. Volker Kullik  
Abg. Hartmut Leefers  
Abg. Klaus Lütjens  
Abg. Hans-Heinrich Miesner

Abg. Karlheinz Poredda  
Abg. Hartmut Prella  
Abg. Bodo Räke  
Abg. Claus Riebesehl  
Abg. Helmut Ringe  
Abg. Susanne Rohr  
Abg. Jürgen Rudolph  
Abg. Lür Schlesselmann  
Abg. Hans-Georg Schröder  
Abg. Dr. Erika Schumann-Mößeler  
Abg. Christian Sonnenwald  
Abg. Detlef Steppat  
Abg. Erhard Thies  
Abg. Heike Treu  
Abg. Adolf Wilshusen  
Abg. Bernd Wölbern

### **Verwaltung**

Erster KR Hermann Luttmann  
KVD Heinz Peimann  
KVAss´in Heike Körner  
Ltd BD Wolf-Dieter Anders  
Frau Marianne Schmidt  
Dipl. Kfm. Sven Höhl  
KA Ralf Rose  
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Hans-Hermann Brandt  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Thomas Lauber  
Abg. Carl-Detlev von Hammerstein

### **Tagesordnung:**

#### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreistages am 12.06.2003
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes;  
Gesamtkonzeption für den Landkreis Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2001-06/0592/2

- 7 Haushaltsüberschreitungen
  - 7.1 Einzelentscheidung; Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung der Sanierung des Nordtraktes der Schwesternschule Zeven, Molkereistr. 30  
Vorlage: 2001-06/0588
  - 7.2 Einzelentscheidung; Krankenhausumlage nach dem Nds. KHG  
Vorlage: 2001-06/0589
  - 7.3 Einzelentscheidung; Kreisschulbaukassenmaßnahme  
Vorlage: 2001-06/0590
  - 7.4 Unterrichtung  
Vorlage: 2001-06/0528/1
- 8 Kapitalerhöhung der Premium-Fleisch AG;  
Unterrichtung über eine Eilentscheidung gem. § 60 NLO  
Vorlage: 2001-06/0591
- 9 Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde;  
Neubenennung eines Vertreters  
Vorlage: 2001-06/0580
- 10 Wahl der Abgeordneten zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden  
Vorlage: 2001-06/0605
- 11 Verbesserung der Förderung unserer Vereine und der ehrenamtlich Tätigen;  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2003  
Vorlage: 2001-06/0608
- 12 Sinnvolle Nutzung der vorhandenen Raumkapazitäten im Kreishaus Bremervörde; Antrag der WFB-Kreistagsfraktion vom 20.08.2003
- 13 Anfragen
- 14 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist. Er begrüßt die Abgeordneten, die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Landrat Dr. Fitschen** trägt vor, dass die WFB-Kreistagsfraktion mit Antrag vom 18.07.2003 um Behandlung eines Tagesordnungspunktes "Resolution an das Bundesverteidigungsministerium zur Nutzung der Kaserne Seedorf durch die Bundeswehr" in der heutigen Kreistagssitzung gebeten habe. Diese Angelegenheit sei bereits in der letzten Sitzung des Kreisausschusses am 09.09.2003 abschließend behandelt worden, der

Antrag der WFB-Fraktion sei damit gleichermaßen erledigt. Über den aktuellen Sachstand werde er unter Punkt 5 der Tagesordnung berichten.

Weiterhin sei den Abgeordneten der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.09.2003 zugesandt worden. Da es sich hierbei nicht um einen Eilantrag im Sinne von § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung handele, müsse zur Aufnahme in die Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrages vom Kreistag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder festgestellt werden. Allerdings halte er eine Dringlichkeit nicht für gegeben, da der Aufsichtsrat der EVB bereits entsprechende Beschlüsse zum weiteren Bestand der betreffenden Strecken gefasst habe.

Nach § 51 NLO könne ein Beschluss im Kreistag nur nach entsprechender Vorbereitung durch den Kreisausschuss gefasst werden. Der Antrag könne daher durchaus zunächst im zuständigen Fachausschuss und im Anschluss daran im Kreisausschuss bzw. Kreistag behandelt werden.

Im übrigen weise er darauf hin, dass nicht der Landkreis sondern allenfalls die EVB als Betreiber der Strecke berechtigt sei, eine Förderung zu beantragen.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** weist auf die Bestimmung des § 8 der Geschäftsordnung hin, wonach der Kreistag über die Dringlichkeit des Antrages zu beschließen habe.

**Abg. Althaus** begründet den Antrag für seine Fraktion. Die Dringlichkeit ergebe sich bereits aus der Sache, obwohl der Antrag keine Entscheidung beinhalte. Ohne weitere Aktivitäten von Seiten des Landkreises stünden die betreffenden Strecken vor der Stilllegung. Der Antrag solle in der nächsten Sitzungsrunde behandelt werden. Dabei solle die Verwaltung prüfen, inwieweit eine finanzielle Beteiligung des Landkreises möglich wäre, z. B. auch über die Wirtschaftsförderung. Der Antrag werde auch für die Kreistagssitzung im Dezember 2003 aufrechterhalten. Der Kreistag solle heute die Dringlichkeit des Antrages feststellen, anschließend könne die Angelegenheit in Ruhe beraten werden.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** weist auf die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Kreistages zur Feststellung der Dringlichkeit hin.

Nach kurzer Aussprache zwischen den **Abg. Borngräber, Rudolph** und **Althaus** sowie **Landrat Dr. Fitschen** besteht Einigkeit darüber, dass der Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 29.10.2003 (*Anmerkung zum Protokoll: Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr wurde inzwischen auf den 28.10.2003 vorgezogen.*) behandelt werden soll.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages Der SPD-Kreistagsfraktion. Diese wird mit 24 Ja-Stimmen bei 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach wird Tagesordnung einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreistages am 12.06.2003**

---

**Abg. Wilshusen** bemängelt, dass seine Anfrage aus der Kreistagssitzung vom 20.03.2003 noch nicht umfassend beantwortet worden sei. Er habe auch um grundsätzliche Aufklärung zur Frage der Verwertbarkeit von Spülschlamm aus Trinkwasserleitungen gebeten.

**Landrat Dr. Fitschen** sagt eine Beantwortung zu. (*Antwort zum Protokoll: Bei dem Spülschlamm aus Trinkwasserversorgungsleitungen handelt es sich, im Gegensatz zu Klärschlamm, nicht um Abfall zur Verwertung. Der Spülschlamm ist deshalb auf einer zugelassenen Deponie zu entsorgen.*)

**Abg. Borngräber** weist auf einen Schreibfehler auf Seite 8, vorletzter Absatz, hin.

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 12.06.2003 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 51 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

### **Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** trägt die Beschlüsse des Kreisausschusses von allgemeiner Bedeutung aus den Sitzungen vom 08.07. und 09.09.2003 vor. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es sei folgender Beschluss von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

Das Regionale Raumordnungsprogramm 1998 für den Landkreis Rotenburg (Wümme) (RROP) mit Ergänzung im Jahre 2001 verliere nach sieben Jahren am 31.10.2005 seine Gültigkeit. Um das umfangreiche und zeitlich aufwändige Aufstellungs- und Beteiligungsverfahren durchführen und fristgerecht abschließen zu können, sei die Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des RROP beschlossen worden. Handlungsbedarf bestehe insbesondere bei den Kapiteln Rohstoffgewinnung und Windenergie aufgrund vielzähliger Anträge auf Ausweisung entsprechender Vorranggebiete und der aufgrund der aktuellen Rechtsprechung notwendigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

### **Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. In seiner Sitzung am 20.03.2003 habe der Kreistag einstimmig eine Resolution folgenden Inhalts beschlossen:

*Der Kreistag des Landkreises Rotenburg (Wümme) bittet die LNVG, auf der Bahnstrecke Stade - Bremervörde - Osterholz umgehend ausreichende SPNV-Leistungen zu bestellen, die Strecke hierfür entsprechend herzurichten und modernes Wagenmaterial für den Betreiber zu beschaffen.*

Diese Resolution sei der LNVG im Wortlaut mit Schreiben vom 08.05.2003 übermittelt worden. Diese stehe dem Erhalt der Strecke jedoch ablehnend gegenüber.

Von der EVB, als Betreiber der Strecke, könnten aufgrund der angespannten Finanzlage nur noch sicherheitsrelevante Maßnahmen an den Strecken getätigt werden, Investitionen seien nicht mehr möglich. Der Geschäftsführer sei aber - wie in den Jahren zuvor auch - ausdrücklich wieder beauftragt worden, Sponsoren für das weitere Betreiben des Moorexpresses zu suchen. Der Aufsichtsrat der EVB habe zu den Strecken der Kategorie B folgenden Beschluss gefasst:

*Die Strecken der Kategorie B werden in Auslaufbetrieb genommen. Die Instandhaltungsaufwendungen werden auf das sicherheitsrelevante Maß beschränkt. Der Geschäftsführer wird bis zur nächsten Sitzung ein Konzept zur Aufgabe des Wagenladungsverkehrs vorlegen.*

2. Die WFB-Kreistagsfraktion habe um einen Bericht über den aktuellen Sachstand bezüglich der beabsichtigten Schließung der Kaserne in Seedorf gebeten.  
Die Angelegenheit sei im Kreisausschuss in der Sitzung am 08.07.2003 angesprochen worden. Dabei habe Einigkeit darüber bestanden, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) seine Unterstützung für die betroffenen Gemeinden in einem Schreiben an die Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande sowie dem kommandierenden General der niederländischen Truppen in Seedorf zum Ausdruck bringen solle. In seinem Antwortschreiben vom 20.08.2003 weise das Bundesministerium der Verteidigung darauf hin, dass voraussichtlich im November mit einer entsprechenden Parlamentsentscheidung in den Niederlanden zu rechnen sei und die Aufgabe des Standortes Seedorf durch die niederländischen Streitkräfte dann ab Januar 2005 erfolgen werde. Aufgrund der Größe des Kasernengeländes in Seedorf könne eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Nachnutzung nur erreicht werden, wenn drei bis fünf Batallionsstandorte nach Seedorf verlegt würden. Die durch die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien veränderten Rahmenbedingungen und die damit im Zusammenhang stehenden noch nicht abgeschlossenen Prüfungen ließen jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch keine tragfähige Aussage zu einem zukünftigen Stationierungskonzept in Niedersachsen zu.
3. Bereits zum 01.09.2003 seien im Rahmen der Umstrukturierung die geburtshilflichen Abteilungen des Martin-Luther-Krankenhauses Zeven und der Klinik Bremervörde in Bremervörde zusammengefügt worden. Die Gynäkologie bleibe jedoch in Zeven. In Zeven werde ein vorwiegend kurzzeitgynäkologisches und ambulant operatives Spektrum durchgeführt. Außerdem würden die Abteilungen Innere Medizin und Chirurgie vorgehalten.  
Die Geburtshilfe in Bremervörde werde neu strukturiert. Das Land Niedersachsen unterstütze diesen Schritt der Integration beider geburtshilflichen Abteilungen mit einer Förderung der anstehenden Baukosten. Damit werde es möglich, drei zeitgemäße und freundlich gestaltete Kreißsäle einzurichten. Der Umbau müsse bei laufendem Betrieb stattfinden. Nach Abschluss der Umbaumaßnahmen werde in der Klinik Bremervörde ab Januar 2004 die modernste Geburtshilfeabteilung im Elbe-Weser Raum zur Verfügung stehen.  
Erfreulich sei in diesem Zusammenhang, dass, obwohl das Martin-Luther-Krankenhaus Zeven und die Klinik Bremervörde als eigenständige Krankenhäuser in die Krankenhausplanung aufgenommen worden seien und ein individuelles Budget hätten, mit den Kostenträgern eine Vereinbarung getroffen werden konnte, nach der insbesondere bei der Ermittlung von Ausgleichsbeträgen die Leistungsumfänge beider Krankenhäuser nunmehr verrechnet werden könnten.  
Das im ersten Halbjahr 2003 ausgewiesene Defizit der Gesellschaft von ca. 790.000 € werde sich im 2. Halbjahr voraussichtlich deutlich verringern. Die Abteilung Chirurgie sei gut angenommen worden, insgesamt befänden sich die Krankenhäuser auf einem guten Weg.
4. Der Käufer für das ehemalige OKD-Wohnhaus in Bremervörde sei aufgrund finanzieller Probleme vor dem Notartermin von der Kaufabsicht zurückgetreten. Anschließend Verhandlungen mit weiteren Interessenten seien bisher an den Kaufpreisvorstellungen gescheitert. Das Objekt werde kurzfristig neu zum Verkauf ausgeschrieben. Sollten keine akzeptablen Angebote eingehen, werde der Verkauf vorläufig unterbleiben.
5. Die für den 18.12.2003 terminierte Kreistagssitzung müsse verschoben werden. Als neuer Termin sei Mittwoch, der 17.12.2003, um 9.00 Uhr, vorgesehen.
6. Bei einem gemeinsamen Gespräch mit der MdL Frau Ross-Luttmann, MDB Herrn Grindel bei Staatssekretär Dr. Eberl im Umweltministerium in Hannover habe er erneut die Bedenken des Landkreises gegen den Bau der Y-Trasse vorgetragen. Bezüglich der Berücksichtigung von schützenswerten FFH-Gebieten sei ihm dort zugesagt worden, die

Angelegenheit nochmals zu überprüfen. Die Europäische Union habe mittlerweile aufgrund der vom Landkreis erhobenen Beschwerde die Bundesregierung zu einer Stellungnahme hinsichtlich der notwendigen Ausweisung von FFH-Gebieten aufgefordert.

7. Die Regionale Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Niedersachsen der Metropolregion Hamburg habe ihn in der letzten Sitzung am 11.09.2003 einstimmig als Vorsitzenden bestätigt. Insbesondere im Planungsrat und im Förderausschuss sowie in der Regionalkonferenz seien nach Auffassung aller Beteiligten die Interessen der niedersächsischen Landkreise bisher überaus erfolgreich vertreten worden.

**Abg. Dreyer** bemängelt, dass der Landrat den Kreistag nicht über den in der Kreisausschusssitzung am 09.09.2003 beschlossenen Zuschuss für den Rotenburger Sportverein zum Bau eines Umkleidegebäudes unterrichtet habe.

Der **Landrat** erklärt, dass bisher eine Information des Kreistages über derartige Einzelbeschlüsse nicht üblich gewesen sei. Für den Bau des Umkleidegebäudes sei dem Rotenburger Sportverein in Abweichung von den Verwaltungshandreichungen ein Zuschuss von insgesamt 100.000 € bewilligt worden. Dies nur deshalb, weil diese Anlage nicht nur durch den Rotenburger Sportverein sondern von vielen anderen Sportvereinen aus Rotenburg genutzt werde. Bevor dieser Zuschuss jedoch zur Auszahlung komme, sollten alle anderen bereits bewilligten Anträge abgearbeitet und ausgezahlt werden. Die Auszahlung des Zuschusses könne sich daher unter Umständen bis zum Jahr 2006 verzögern.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes;  
Gesamtkonzeption für den Landkreis Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2001-06/0592/2**

---

**Landrat Dr. Fitschen** spricht der Arbeitsgruppe Schulstrukturreform des Schulausschusses ein Lob für die geleistete Vorbereitungsarbeit aus.

**Abg. Ringe** führt aus, dass der Schulausschuss einmütig entschieden habe, zur Verstärkung der Effizienz eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Umsetzung der Schulstrukturreform befassen sollte. Auch die Arbeit der Verwaltung sei ausdrücklich zu loben. Sowohl der zuständige Dezernent Herr Peimann, als auch der Amtsleiter des Schulverwaltungs- und Kulturamtes Herr Wilshusen hätten großes Engagement gezeigt. In der Arbeitsgruppe seien die Ergebnisse erarbeitet und nicht erstritten worden. Dies werde auch durch den einstimmigen Vorbereitungsbeschluss des Schulausschusses deutlich. Es sei eine inhaltlich hervorragende Beschlussvorlage zustande gekommen.

In vielen Punkten habe notwendigerweise mit Prognosen gearbeitet werden müssen. Abschließend danke er nochmals allen Beteiligten an der Arbeitsgruppe und der Verwaltung für die Mitarbeit und bitte um breite Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

**Abg. Frick** erklärt, die Sitzungen des Schulausschusses seien harmonisch verlaufen. Es sei durchweg konstruktive Arbeit geleistet worden. Das neue Schulsystem sehe eine Dreigleisigkeit vor. Ab der fünften Klasse könne nunmehr grundsätzlich eine Schule eigener Wahl besucht werden. Es stelle sich die Frage, welche Folgen hieraus für den Landkreis resultieren würden. Da die Orientierungsstufe Ende Juli 2004 auslaufe, solle der 1. August 2004 das Ziel zur Umsetzung der Änderungen im Landkreis Rotenburg (Wümme) sein. Bisher für die Orientierungsstufe benutzte Räumlichkeiten stünden dann für andere Bereiche zur Verfügung. Gleichzeitig würden im Bereich der weiterführenden Schulen mehr Räumlichkeiten benötigt.

Ziel des Gesetzes sei es auch gewesen, das gymnasiale Angebot in der Fläche zu erweitern. Zur Umsetzung dieser Vorgabe sei die räumliche Situation so zu regeln gewesen, dass dies für den Landkreis finanzierbar blieb. Hier sei der Verwaltung ein Lob für die vorgelegte

Beschlussvorlage auszusprechen.

Die Eichenschule Scheeßel werde ihr Profil schärfen müssen, um auch zukünftig von den Eltern bzw. Schülern weiterhin akzeptiert zu werden. Die CDU-Fraktion trete ausdrücklich für den Erhalt der Eichenschule in Scheeßel ein. Im Teil H der Beschlussvorlage seien die weiteren Angebote bezüglich der geplanten Gymnasien enthalten. Es werde dabei eine Qualität angestrebt, die mit dem bisherigen Angebot vergleichbar sei. Dies gelte für die gymnasialen Angebote sowohl in Tarmstedt als auch in Sittensen, Sottrum und Visselhövede. Geplant sei der Übergang nach der 8. Klasse in die Oberstufe des Gymnasiums. Dies solle zunächst versuchsweise so praktiziert werden. Ggf. müsste bei Bedarf eine Umstellung erfolgen. Der notwendige Bau von zusätzlichen Klassenräumen in Bremervörde und Zeven wäre sicherlich auch ohne die erfolgte Änderung des Schulgesetzes unabweisbar gewesen. Die räumliche Situation in Bremervörde sei sehr beengt, der im Haushaltsplan hier enthaltene Sperrvermerk solle aufgehoben werden. Sämtliche weiteren Änderungen seien ohne bauliche Maßnahmen umzusetzen. Zum Teil könne auf vorhandene Räume der gemeindlichen Schulen zurückgegriffen werden. Es müsse versucht werden, die Beförderungskosten so gering wie möglich zu halten. Insgesamt seien zusätzliche Kosten bei der Ausstattung der neuen Räumlichkeiten, sowie eingeschränkt bei der Schülerbeförderung zu erwarten. Hier dürften besonders im Bereich der KGS Tarmstedt und der Eichenschule Scheeßel Mehrkosten entstehen. In anderen Bereichen würde sich eher eine Minderung der Kosten ergeben, weil zum Beispiel die Schüler der siebten und achten Klassen zukünftig in Visselhövede beschult würden und nicht mehr nach Rotenburg befördert werden müssten. Abschließend beantrage er die Zustimmung der Abgeordneten des Kreistages zur vorliegenden Beschlussvorlage.

**Abg. Bruns** führt aus, durch die Umsetzung der Änderung des Nieders. Schulgesetzes sei viel Arbeit in viel zu kurzer Zeit abverlangt worden. In anderen Landkreisen sei die Umsetzung der Reformen schon weiter vorangeschritten. Es sei positiv, dass viele gemeindliche Schulträger, wie z. B. in Bothel, schon entsprechende Angebote eingerichtet hätten. Hauptbetroffener der Schulstrukturreform werde aber der Landkreis sein. Dies werde sich auch nicht ohne größeren finanziellen Aufwand umsetzen lassen. Die Kosten der Schülerbeförderung würden zwar beispielsweise in Visselhövede geringer, dafür in anderen Bereichen wie Gnarrenburg höher ausfallen. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.08.2003 decke sich weitgehend mit der nun vorliegenden Beschlussvorlage. Diese enthalte nur geringe Abweichungen. Seine Fraktion beharre nicht auf diesen Positionen. Die von der Verwaltung angestellten Planungen hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung der Schülerzahlen würden akzeptiert. Es handele sich dabei um vernünftige Grundlagen. Zu den Maßnahmen im einzelnen führt er aus, dass er beim Gymnasium Bremervörde die Errichtung von mindestens acht weiteren Klassenräumen für notwendig halte. Die Einrichtung einer Oberstufenbeschulung bei der KGS Tarmstedt werde befürwortet. Aber auch hier seien Investitionen für Klassenräume notwendig. Hierüber sollte im zuständigen Fachausschuss nochmals beraten werden. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten.

**Abg. Ehlen** verlässt die Sitzung um 10.05 Uhr.

**Abg. Bruns** erklärt weiter, dass die SPD-Fraktion vorgeschlagen habe, in Sittensen ein zweizügiges Gymnasium bis zur neunten Klasse einzurichten. Die CDU halte hier eine Beschulung bis zur achten Klasse für ausreichend. Auch hier bleibe die Entwicklung abzuwarten, ob die Beschulung bis zur achten oder neunten Klasse zu bevorzugen sei. Eine Kooperation des Gymnasiums Zeven mit dem zukünftigen Gymnasium in Sittensen halte er für zwingend erforderlich. Dies solle auch festgeschrieben werden. Gleiches gelte auch für den Bereich Sottrum. Hier sei bedauerlich, dass eine Einigung mit dem Gymnasium in Ottersberg nicht erzielt werden können. Die Gymnasien in Sittensen und Sottrum sollten jeweils mit den Klassen 5, 6 und 7 im August 2004 starten. Gleichzeitung sollte auch ein Stamm an Lehrern sichergestellt sein. Die Einrichtung einer Außenstelle des Ratsgymnasiums Rotenburg in Visselhövede bis zur achten Klasse sei keine Ideallösung. Das Land sehe eine solche Außenstelle nur vor, wenn dadurch bereits vorhandene

Räumlichkeiten genutzt und Neubauten vermieden werden könnten, die Entfernung zur Stammschule überschaubar bleibe und die Präsenz der Schulleitung vor Ort sichergestellt sei. Außenstellen bedürften der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Es handle sich dabei um Neuland, welches der Begutachtung bedürfe. Er plädiere dafür, in Visselhövede vorerst keine neuen Schulräume zu schaffen. Die Klassen 5 bis 7 sollten zunächst eingeschult werden. Falls die vorhandenen Räumlichkeiten dann nicht ausreichten, müsse neu überlegt werden. Während alle anderen Schüler des Südkreises das Ratsgymnasium in Anspruch nehmen würden, werde das gymnasiale Angebot in Scheeßel durch die Eichenschule gedeckt. Sofern dieses nicht von den Schülern/Eltern angenommen werde, ergebe sich ein Problem, weil dann dort ein Kreisgymnasium eingerichtet werden müsse. Er plädiere dafür, die Eichenschule in jedem Fall zu erhalten, auch wenn dies den Landkreis ggf. mehr Geld koste. Insgesamt komme jetzt auf die Schulen viel Arbeit zu. Er bitte darum, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Abschließend merkt er noch an, dass die Orientierungsstufe, die bei einer breiten Elternschaft eine Akzeptanz gefunden hatte, nunmehr nach 25 Jahren abgeschafft werde. Die Orientierungsstufe sei nicht für das schlechte Abschneiden bei der Pisa-Studie verantwortlich. Die Defizite hätten ganz andere, tiefer liegende Ursachen. Es werde nach seiner Ansicht noch lange dauern, bis diese Ursachen beseitigt werden könnten. Den mit der Gesetzesänderung nun eingeschlagenen Weg halte er nicht für richtig. Eine pädagogische Begründung für die vorgenommenen Änderungen gebe es nicht.

Auf eine Nachfrage von **Landrat Dr. Fitschen**, in welchen Landkreisen in Niedersachsen bereits ein ähnliches Konzept einstimmig beschlossen worden sei, erklärt der **Abg. Bruns**, dass im Landkreis Harburg entsprechende Regelungen vereinbart, allerdings noch nicht beschlossen worden seien. Auf nochmalige Nachfrage wird deutlich, dass kein anderer Landkreis in Niedersachsen genannt werden kann, der in der Umsetzung schon weiter sei.

**Abg. Helberg** spricht die durch den Wegfall der Orientierungsstufe veränderte Schulstruktur an. Es sei ein vermehrter Zulauf zu den weiterführenden Schulen zu erwarten. Damit gehe auch eine Abwertung der Hauptschulen einher, auch wenn dies vermutlich nicht beabsichtigt gewesen sei. Die Stärkung der Hauptschulen müsse deshalb stärker als bisher in die Betrachtung aufgenommen werden. Der Zulauf zu den Realschulen und Gymnasien bedinge einen Mehrbedarf an Klassen- und Fachräumen, der sich nicht kostenneutral umsetzen lassen werde. Nach seiner Ansicht würden hier Mehrkosten in Höhe von 5 bis 10 Millionen € anfallen, u. a. für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Nachmittagsbeschulung oder der Schülerbeförderung. Das Land Niedersachsen hätte hier auch die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Gesetzesänderung stehenden Mehrkosten übernehmen müssen. Das Konnexitätsprinzip werde hier nicht angewendet. Er halte es für notwendig darauf hinzuweisen, dass es eine kostenneutrale Umsetzung der Schulstrukturereform nicht geben könne und die Landesregierung sich weigere, die entstehenden Kosten zu tragen.

**Abg. Steppat** stimmt zu, dass die Umsetzung der Reform nicht ohne Mehrkosten erreicht werden könne. Die gute Zusammenarbeit im Schulausschuss sowie der Arbeitsgruppe sei ausdrücklich zu würdigen. Er danke der Verwaltung ebenfalls für die geleistete Arbeit und bitte um Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

**Abg. Frau Brandt** verlässt die Sitzung um 10.27 Uhr.

**Abg. Holsten** weist darauf hin, dass auch die Planungen der vormaligen Landesregierung zu Veränderungen im Schulwesen mit Mehrkosten aufgrund eines höheren Raumbedarfes verbunden gewesen wären.

**Abg. Prelle** bedauert, dass eine Zusammenarbeit der KGS Tarmstedt mit dem Gymnasium in Worswede-Grasberg bisher nicht zustande gekommen sei. Nach seiner Ansicht sei es wünschenswert, hier noch Gespräche mit dem Landkreis Osterholz zu führen.

### **Beschluss:**

Die in der Beschlussvorlage dargestellte Gesamtkonzeption für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 49  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

---

### Punkt 7 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung der Sanierung des Nordtraktes der Schwesternschule Zeven, Molkereistr. 30**  
**Vorlage: 2001-06/0588**

---

### **Beschluss:**

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 8800.940100 (Sanierungsmaßnahmen) in Höhe von 300.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 0200.940300 (Schaffung von Büroräumen im Kreishaus Rotenburg – Aufstockung Erweiterungsbau).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 48  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; Krankenhausumlage nach dem Nds. KHG**  
**Vorlage: 2001-06/0589**

---

### **Beschluss:**

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 25.700 € bei der Haushaltsstelle 5100.981000 (Landesumlage für Investitionen) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 3600.940000 (Gedenkstätte Sandbostel) und Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 6200.327200 (Rückflüsse aus Arbeitgeberdarlehen).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 49  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 7.3 der Tagesordnung:

**Einzelentscheidung; Kreisschulbaukassenmaßnahme**  
**Vorlage: 2001-06/0590**

---

**Beschluss:**

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 00.2502.941000.5 (Überdachung Bauhalle/Tiefbaugelände (112)) in Höhe von 42.700 € wird zugestimmt. Der Betrag wird überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Die Deckung soll erfolgen durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 3212.940000.3 (Bachmann-Museum Bremervörde: Museumserweiterung). Diese Haushaltsstelle enthält einen Sperrvermerk.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 49 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Punkt 7.4 der Tagesordnung:

**Unterrichtung**  
**Vorlage: 2001-06/0528/1**

---

Die Frage des **Abg. Bruns** nach den Deckungsvorschlägen bei den Genehmigungs-Nrn. 13 und 14 beantwortet der **Landrat**, dass die Deckung durch Kreditaufnahmen im Rahmen der Ermächtigung erfolgt sei.

**Abg. Kullik** hält den bei der Genehmigungs-Nr. 9 angegebenen Deckungsvorschlag nicht für passend. Seine Frage, ob die Bezirksregierung Lüneburg hierüber informiert worden sei, wird vom **Landrat** bejaht.

Der Kreistag nimmt die eingetretenen Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Kapitalerhöhung der Premium-Fleisch AG;**  
**Unterrichtung über eine Eilentscheidung gem. § 60 NLO**  
**Vorlage: 2001-06/0591**

---

**Abg. Brunkhorst** weist darauf hin, dass nach seiner Ansicht durch die Stärkung der Premium-Fleisch AG für die örtlichen Schlachtereibetriebe ein Wettbewerbsnachteil entstehen werde.

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt von der Eilentscheidung, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) 15 % der bestehenden Aktien der Premium-Fleisch AG neu gezeichnet hat, Kenntnis.

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** unterbricht die Sitzung von 10.40 Uhr bis 11.10 Uhr.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde;  
Neubenennung eines Vertreters  
Vorlage: 2001-06/0580**

---

**Beschluss:**

Die personelle Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird wie folgt neu festgestellt:

| Mitglied:                          | Vertreter:                       |
|------------------------------------|----------------------------------|
| 1. Abg. Rudolph, J.                | 1. Abg. Holsten, G.              |
| 2. Abg. Brünjes, R.                | 2. Abg. Gajdzik, E.              |
| 3. N. Hensel, K., Bremervörde      | 3. N. Kropp, H.-J., Sittensen    |
| 4. N. Eckhoff, H., Osterheeslingen | 4. N. Scheel, J., Zeven          |
| 5. N. Behrens, K., Rotenburg       | 5. N. Hesse, F., Sottrum         |
| 6. Abg. Althaus, L.                | 6. Abg. Wölbern, B.              |
| 7. Abg. Kohlmeyer, G.              | 7. Abg. Dreyer, K.               |
| 8. N. Rosebrock, R., Sottrum       | 8. N. Renken, A., Gnarrenburg    |
| 9. N. Borngräber, R., Rotenburg    | 9. N. Bergmann, H., Visselhövede |

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 49  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Wahl der Abgeordneten zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden  
Vorlage: 2001-06/0605**

---

**Abg. Borngräber** schlägt für die SPD-Kreistagsfraktion den Abg. Räke, als Vertreter die Abg. Treu, vor.

**Beschluss:**

Die personelle Besetzung wird wie folgt festgestellt:

| Mitglieder                          | Vertreter                      |
|-------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Landrat Dr. Hans-Harald Fitschen | 1. Abg. Heinz-Günter Bargfrede |
| 2. Abg. Bodo Räke                   | 2. Abg. Heike Treu             |
| 3. Stellv. Landrat Reinhard Brünjes | 3. Abg. Gerhard Holsten        |

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 49  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Verbesserung der Förderung unserer Vereine und der ehrenamtlich Tätigen;  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2003  
Vorlage: 2001-06/0608**

---

**Kreistagsvorsitzender Brünjes** weist auf das nach der Geschäftsordnung vorgesehene Verfahren zur Behandlung des Antrages hin und gibt dem Antragsteller Gelegenheit, den eingereichten Antrag mündlich zu begründen.

**Abg. Dreyer** bedankt sich zunächst dafür, dass der Antrag sogar Gegenstand einer Pressemitteilung des Landkreises gewesen sei. Ebenso dankt er für die bisherige Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen. Allerdings seien die vom Landkreis zur Verfügung gestellten Mittel in den letzten Jahren sehr wohl eingeschränkt worden. So hätten sich die Mittel der Sportförderung von umgerechnet 396.000 € im Jahr 1993 auf nunmehr 250.000 € im Jahr 2003 verringert. Zwar sei die Förderung für den Kreissportbund mit 100.000 € konstant geblieben. Allerdings habe sich die Zahl der Mitglieder auf 87.000 erhöht, so dass sich danach noch eine Förderung von ca. 1,15 € je Mitglied ergebe. Deshalb bitte er um Verständnis, dass sich der Kreistag mit den Sorgen der Vereine und ehrenamtlich Tätigen beschäftigen solle. Der Sitzungsvorlage habe er entnommen, dass eine Vielzahl von Anträgen der Vereine noch auf Halde lägen. Für die Folgejahre seien Anträge mit einem Volumen von 405.000 € zu bedienen und es sei noch eine Vielzahl von Anträgen zu erwarten. Der Antragsstau könne so nicht abgearbeitet werden. Der für den Rotenburger Sportverein bewilligte Zuschuss belaste den Haushaltsansatz zusätzlich, es sei denn, die Mittel insgesamt würden aufgestockt. Einige Vereine wie z. B. der FC Hesedorf oder der TuS Rüspel warteten bereits seit längerer Zeit auf die Auszahlung bewilligter Zuschüsse. Deshalb beantrage er die Überweisung des Antrages an den Finanzausschuss. Dort solle geprüft werden, ob eine Erhöhung der Zahlungen möglich sei. Die finanziellen Belastungen der Vereine müssten verringert werden. Dieses Anliegen sei keinesfalls absurd. Die Zahlungen des Landkreises müssten in einem überschaubaren Zeitrahmen erfolgen. Die Förderung der Vereine und der ehrenamtlich Tätigen durch den Landkreis sei nach wie vor beispielhaft. Dies sei auch kein vergeudetes Geld, sondern sinnvoll ausgegeben. So solle es auch weitergehen.

**Landrat Dr. Fitschen** führt aus, dass trotz der weiter steigenden Ausgaben z. B. im Sozialhilfebereich der Kreistag gemeinsam mit ihm dafür Sorge tragen müsse, dass die wichtige Aufgabe der Förderung der Vereine und der ehrenamtlich Tätigen auch künftig sichergestellt werden könne. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) sei bei der Erfüllung dieser Aufgabe immer verlässlich gewesen und hieran dürfe sich auch nichts ändern, auch wenn die Genehmigung der Haushaltspläne in den kommenden Jahren schwieriger werde.

**Abg. Imbusch** stellt noch einmal klar, dass Einigkeit bestehe, die Förderung fortzuführen. Es blieben allerdings die Haushaltsberatungen abzuwarten. Dann werde zu prüfen sein, wie die Förderung der Vereine zukünftig abgewickelt werden könne. Da im Jahr 2003 erst Mittel in Höhe von 143.000 € abgerufen worden seien solle auch überlegt werden, im zuständigen Fachausschuss über die Förderrichtlinien zu beraten.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2003 wird zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 49 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Zur Erläuterung des von der WFB-Kreistagsfraktion gestellten Antrages führt **Abg. Wilshusen** aus, dass die Kreisverwaltung ursprünglich verschlankt werden sollte. Stattdessen würden neue Büroräume benötigt. Zunächst sei geplant gewesen, das Gesundheitsamtsgebäude in Bremervörde zu verkaufen und die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten im Kreishaus Bremervörde zu nutzen. Nun sollten in Rotenburg Büroräume angemietet werden. Seine Fraktion habe sich von vornherein gegen den geplanten Verkauf ausgesprochen, die leerstehenden Räumlichkeiten im Kreishaus Bremervörde müssten genutzt werden. Durch den Einsatz von moderner Technik müsse es möglich sein, z. B. die Bußgeldstelle von Rotenburg nach Bremervörde umzusetzen. Auch in den Berufsbildenden Schulen in Zeven stünden nach seiner Kenntnis Kellerräume leer, bei denen eine Nutzung als Büroräume geprüft werden könne. Nach der geplanten Auflösung der Bezirksregierungen wäre die Situation ohnehin neu zu beurteilen. Im übrigen habe seine Fraktion sich gewundert, warum der Antrag nicht bereits im Kreisausschuss behandelt worden sei.

**Landrat Dr. Fitschen** führt aus, dass der Antrag ausdrücklich für die Kreistagssitzung gestellt worden war. Zur Personalsituation der Kreisverwaltung sei festzustellen, dass das jetzt vorhandene Personal dringend benötigt werde. Im Bereich des Sozialamtes bestünde sogar nach wie vor ein Personalmangel. Die ursprüngliche Planung einer Aufstockung des Kreishauses in Rotenburg sei gestoppt worden. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 09.09.2003 einstimmig einer Anmietung von geeigneten Büroräumen im Stadtgebiet Rotenburg zugestimmt. Die Raumnot bestehe nicht in Bremervörde sondern im Kreishaus in Rotenburg. Hier insbesondere im Sozialamt. Betroffen seien davon nicht nur die Bediensteten sondern auch die Besucher. Der technische Aufwand im Zusammenhang mit einer Verlegung der Bußgeldstelle nach Bremervörde sei zu groß. Auf die Auswirkungen einer möglichen Aufgabenverlagerung von den Bezirksregierungen auf die Landkreise könne reagiert werden, wenn deren Umfang absehbar sei.

**Abg. Holsten** weist daraufhin, dass es sich bei den vom Abg. Wilshusen angesprochenen leerstehenden Räumlichkeiten in Zeven um Kellerräume im ehemaligen Notkrankenhaus handelt. Diese verfügten nicht über Fenster und seien als Büroräume nicht geeignet.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache wird einvernehmlich festgestellt, dass der Antrag an der zuständigen Fachausschuss, Ausschuss für Hoch- und Tiefbau, verwiesen wird.

#### **Beschluss:**

Der Antrag der WFB-Kreistagsfraktion vom 20.08.2003 wird an den Ausschuss für Hoch- und Tiefbau verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 49 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

**Landrat Dr. Fitschen** trägt die schriftliche Anfrage des Abg. Schleeßelmann vom 22.09.2003 zur Situation der OsteMed Kliniken vor. Eine schriftliche Beantwortung habe sich in der Kürze der Zeit nicht realisieren lassen. Da die Zusammenlegung der geburtshilflichen Abteilungen der Krankenhäuser Zeven und Bremervörde erst zum 01.09.2003 erfolgt sei, könnten genaue Daten ohnehin noch nicht genannt werden. Die Geschäftsführung der OsteMed Kliniken werde aber dem Kreisausschuss vierteljährlich über die Umsetzung des Strukturkonzeptes berichten. In diesem Zusammenhang könnten dann auch die vom Abg. Schleeßelmann gestellten Fragen beantwortet werden.

**Abg. Bruns** fragt, aus welchem Grund der geplante Verkauf des Gesundheitsamtsgebäudes in Bremervörde nicht realisiert werden konnte. Zunächst seien im Kreistag am 12.06.2003 entsprechende Beschlüsse über den Verkauf des Gebäudes und einen damit zusammenhängenden Umbau des Kreishauses Bremervörde gefasst worden. Anschließend sei im Kreisausschuss mitgeteilt worden, dass der Verkauf nicht durchgeführt werde. Wie solle jetzt mit den Kreistagsbeschlüssen verfahren werden?

**Landrat Dr. Fitschen** antwortet, dass die Geschäftsgrundlage für die Beschlüsse des Kreistages entfallen sei. Es sei vorgesehen gewesen, den aus dem geplanten Verkauf des Gesundheitsamtsgebäudes erzielten Erlös für den Umbau des Kreishauses Bremervörde zu verwenden. Da der Erlös aus dem Grundstücksverkauf aufgrund eines noch vom ehemaligen Landkreis Bremervörde abgeschlossenen Vertrages aber nicht dem Landkreis sondern dem Land Niedersachsen zufließen würde, seien die Planungen gestoppt worden. Deshalb sei auch die Grundlage für die Beschlüsse des Kreistages entfallen.

Auf den Einwand des **Abg. Bruns**, dass er den Verlauf der Angelegenheit für peinlich halte, entgegnet der **Landrat**, dass er seinen Mitarbeitern keinen Vorwurf mache.

Auf die Frage des **Abg. Schleeßelmann**, aus welchem Grund sich die EVB gegen eine weitere Finanzierung der Strecken des Moorexpress ausgesprochen habe, antwortet der **Landrat**, dass die EVB als Gesellschaft wirtschaftlichen Zwängen unterliege. Es sei lediglich beschlossen worden, keine neuen Investitionen zu tätigen. Sicherheitsrelevante Maßnahmen würden aber weiterhin durchgeführt. Im übrigen sei für die Beantwortung derartiger Fragen der Aufsichtsrat der EVB zuständig. Außerdem bemühe man sich - wie in den Jahren zuvor - wieder darum, auch für die kommenden Jahre Sponsoren für ein Weiterbetreiben des Moorexpresses zu gewinnen. Die betroffenen Landkreise - also auch Rotenburg - würden auch im Jahr 2004 hierzu wieder ihren finanziellen Beitrag leisten.

**Abg. Kullik** spricht die Situation der Schülerbeförderung im Raum Gnarrenburg an. Die Gemeinde Gnarrenburg habe eine Resolution zur Verbesserung der Schülerbeförderung beschlossen und dem Landkreis Rotenburg übersandt. Hierzu habe die Gemeinde bisher weder eine Antwort noch eine Eingangsbestätigung erhalten.

Er fragt weiter ob es zutreffe, dass im Nordkreis einige Schüler noch nicht die notwendigen Fahrausweise für die Schulbusse erhalten hätten und für die Mitfahrt in den Schulbussen selbst bezahlen müssten. Ebenso sei ihm bekannt geworden, dass in einigen Fällen Schülern die Mitnahme in den Schulbussen verweigert worden sei, weil die Busse bereits überfüllt gewesen seien.

**Landrat Dr. Fitschen** sagt eine Überprüfung der Angelegenheit zu.

**Abg. Dreyer** fragt, warum der Landrat dem Kreistag in der heutigen Sitzung nicht über die finanzielle Situation des Landkreises berichtet habe. Er möchte wissen, ob den Fraktionen für die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen rechtzeitig entsprechendes Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt werde.

**Landrat Dr. Fitschen** antwortet, dass die Daten zur Zeit zusammengestellt würden. Nach den internen Beratungen in der Verwaltung würden die Fraktionen informiert. Es zeichne sich bereits ab, dass die Ausgaben im Sozialhilfebereich weiter ansteigen, während in der

Jugendhilfe die Kostenentwicklung positiver verlaufe.

**Abg. Klee** bringt seine Zustimmung zum Antrag der WFB-Fraktion zur Nutzung der Räumlichkeiten im Kreishaus Bremervörde zum Ausdruck. Auch er könne nicht nachvollziehen, dass erst nach den Beratungen in den Gremien von der Verwaltung festgestellt worden sei, dass der Grundstücksverkauf nicht wie vorgesehen durchgeführt werden könne.

**Landrat Dr. Fitschen** antwortet, dass ihm der vor der Kreisreform in Bremervörde mit dem Land Niedersachsen abgeschlossene Vertrag nicht bekannt gewesen sei.

**Abg. Sonnenwald** fragt, warum der von der SPD-Kreistagsfraktion gestellte Antrag auf Gründung eines Behindertenbeirates noch nicht im Kreistag behandelt worden sei.

**Landrat Dr. Fitschen** antwortet, dass der Antrag im zuständigen Fachausschuss beraten worden sei. Es wurde der Beschluss gefasst, die gesetzliche Entwicklung abzuwarten.

**Abg. Sonnenwald** vertritt weiter die Ansicht, dass der Antrag nochmals im Kreistag behandelt werden müsse.

Bezug nehmend auf die Zeitungsberichte zur Einführung einer Kostenbeteiligung der Eltern bei der Schülerbeförderung möchte **Abg. Prella** wissen, ob der Landrat aufgrund der aktuellen Entwicklungen beabsichtige, die von ihm öffentlich getätigten zustimmenden Äußerungen zurückzunehmen.

**Landrat Dr. Fitschen** antwortet, dass seine Auffassung in dieser Angelegenheit von allen Landräten des Nds. Landkreistages und vom NLT selbst geteilt werde. Auch in anderen Bundesländern gebe es bereits derartige Regelungen.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Heiner Menke** aus Rotenburg (Wümme) fragt, in welcher Höhe der Landkreis durch den Verzicht auf den Bau einer Tribüne an der Sportanlage in der Ahe in Rotenburg Kosten eingespart habe.

**Landrat Dr. Fitschen** antwortet, dass der Landkreis nicht der Bauherr sei.

**Herr Menke** fragt weiter wie der Schulsport gezielter gefördert werden könne und wo der Landkreis zukünftig Prioritäten setzen wolle.

Hierauf antwortet der **Landrat**, dass die Sportförderung fortgeführt werde. Über die Ausgestaltung der Förderung entscheide der Kreistag.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer